Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10554

29. 04. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Gila Altmann (Aurich), Franziska Eichstädt-Bohlig, Michaele Hustedt, Egbert Nitsch (Rendsburg), Dr. Jürgen Rochlitz, Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/9442 –

Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997
– Ergebnisse der Waldschadenserhebung –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wie schon in den beiden vergangenen Jahren ist auch 1997 insgesamt eine Stabilisierung des Waldzustandes zu verzeichnen. Die Beurteilung des Baumkronenzustandes gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Allerdings bestehen regional und nach Baumarten differenziert erhebliche Unterschiede: Während in den nordwestdeutschen und den ostdeutschen Ländern vorwiegend Verbesserungen des Waldzustandes zu verzeichnen sind, verharren die süddeutschen Länder auf einem fast unverändert hohen Schadensniveau. Kiefer, Fichte und Buche zeigen leichte Zustandsverbesserungen, während die Eiche auch 1997 wieder extrem starke Schäden aufweist. Mit 61 bzw. 58 % deutlich geschädigter Bäume sind die Eichenbestände in den Mittelgebirgslagen Thüringens und Hessens in ihrem Bestand gefährdet.

Alarmierend ist der Zustand des Waldbodens. Der im Juni 1997 vorgelegte Deutsche Waldbodenbericht ermöglicht erstmals Vergleiche zwischen den Ergebnissen der Kronenzustandserhebung und den standortspezifischen Daten über den Bodenzustand. Auffällig ist dabei, daß die mittels der Kronenzustandserhebung diagnostizierte leichte Verbesserung bzw. Stabilisierung des Waldzustandes nicht mit einer Verbesserung des Bodenzustandes im Wald korreliert. Im Gegenteil: Die Ergebnisse der bundesweiten Bodenzustandserhebung im Wald dokumentieren eine dramatisch fortschreitende Versauerung und Degradation der Waldböden. In einzelnen Regionen ist die Versauerung bereits derart fortgeschritten, daß nicht nur Gefahr für den Fortbestand des Waldes, sondern auch für die Sicherung der Trinkwasserversorgung be-

steht. Laut Waldbodenbericht sind „Risiken für das Quell- und Grundwasser bei entsprechenden hydrogeologischen Verhältnissen im Untergrund nicht mehr ausgeschlossen."

Die Bundesregierung versucht der fortschreitenden Versauerung durch Kalkung der Waldböden zu begegnen. Seit 1984 wurden rd. 260 Mio. DM für die Waldkalkung ausgegeben, 22 % der deutschen Waldfläche wurden gekalkt. Hierdurch konnten zwar kurzfristig die pH-Werte der betroffenen Böden angehoben werden, eine nachhaltige Stabilisierung der Waldökosysteme ist mit Symptombekämpfung allein aber nicht zu erreichen. Vielmehr muß gemäß dem Verursacherprinzip bei den Emittenten der Luftschadstoffe angesetzt werden, um eine deutliche Reduzierung des Eintrags säurebildender Substanzen in die Waldböden zu erreichen.

Der Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1997 enthält über die Ergebnisse der Waldschadenserhebung hinausgehend eine „Stellungnahme zur Erhebung des Waldzustandes und Empfehlung zur Weiterentwicklung des Verfahrens". Die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) eingesetzte Expertengruppe reagiert damit auf die im September 1996 vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) ausgelöste Diskussion über die „Brauchbarkeit der bei der Waldschadenserhebung gesammelten Daten" (BMBF-Papier vom 24. September 1996). Hierin kritisiert das im BMBF zuständige Referat 421, daß der Waldzustandsbericht der Bundesregierung in seiner bisherigen Form „jeden Nicht-Experten irreführende Information" enthalte, die zu „Fehlinterpretationen" einlade. Als Abhilfe schlägt das BMBF eine veränderte Definition der Schadstufen vor. Demnach sollten Nadel- bzw. Blattverluste bis zu 45 % als „natürliche Variabilität" definiert werden. Dies hätte zur Folge, daß mehr als 90 % der heute als geschädigt geltenden Bäume schlagartig „gesundgerechnet" würden.

Der Deutsche Bundestag erachtet demgegenüber eine Intensivierung der Waldschadenserhebung und deren Verknüpfung mit Daten aus der Bodenzustandserhebung, der Waldernährungserhebung und weiteren flächenbezogenen Informationssystemen für unerläßlich, um die Kontinuität der Zeitreihe zu wahren und den Waldzustandsbericht gleichzeitig auf eine breitere wissenschaftliche Basis zu stellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Luftschadstoffe – vor allem Stickoxid- und Ammoniakemissionen – durch technische Maßnahmen, Maßnahmen der Verkehrsvermeidung und eine konsequente Neuausrichtung der Energie- und Agrarpolitik drastisch zu reduzieren,

2. durch die Einführung einer CO_2-/Energiesteuer entsprechend den Vorgaben des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/3555) eine Reduzierung der Luftschadstoffe gemäß dem Verursacherprinzip zu erreichen,

3. den im Juni 1997 fertiggestellten Deutschen Waldbodenbericht 1996 dem Deutschen Bundestag umgehend zuzuleiten, damit er in Verbindung mit dem Waldzustandsbericht beraten werden kann,

4. die Empfehlungen der vom BML eingesetzten Expertengruppe zur Weiterentwicklung des Verfahrens der Waldschadenserhebung beginnend mit der Waldschadenserhebung 1999 praktisch umzusetzen, hierzu zählen im einzelnen:

   - die Fortführung der jährlichen Berichterstattung der Bundesregierung über die Entwicklung der Waldschäden, wobei die eingeführte Bezeichnung „Waldschadenserhebung" (WSE) als Oberbegriff verwendet und die Ergebnisse der WSE als „Waldschadensbericht" veröffentlicht werden sollen,
   - die Erweiterung der Waldschadenserhebung um Daten aus der Bodenzustandserhebung im Wald und der Waldernährungserhebung („erweiterte Waldschadenserhebung"),
   - die Ergänzung der Kronenzustandserhebung um Daten zur Bestandesgeschichte, zur Bestandsstruktur, zu biotischen Schäden sowie zur ökologischen Einordnung der Einzelflächen („Ökologische Koordinate"),
   - die langfristige Aufrechterhaltung der Zeitreihe der WSE und deren internationaler Vergleichbarkeit entsprechend dem „International Cooperative Programme on Assessment and Monitoring of Air Pollution Effects on Forests" (ICP Forests) der VN-Wirtschaftskommission für Europa (VN/ECE).

Bonn, den 29. April 1998

Steffi Lemke
Ulrike Höfken
Gila Altmann (Aurich)
Franziska Eichstädt-Bohlig
Michaele Hustedt
Egbert Nitsch (Rendsburg)
Dr. Jürgen Rochlitz
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333